Alles, was Recht ist

PZR-PAUSCHALE VON DER KASSE

Die professionelle Zahnreinigung (PZR) hat bekanntermaßen viele Vorteile für den Patienten. Beispielsweise wird das Risiko geringer, an Parodontitis zu erkranken, wenn man ein bis zwei Mal jährlich Zahnarzt und Dentalhygienikerin an die Beißerchen lässt. Dass viel dann auch viel hilft, dachte sich vermutlich ein Patient aus Niedersachsen, der von seiner Krankenkasse die Kostenübernahme für eine wöchentliche zahnärztliche Zahnreinigung unter Einsatz von Ultraschall sowie mechanisch unter Zuhilfenahme von Bürstchen und Ähnlichem sowie Einbringen von Chlorhexidin-Gel beanspruchte. Die Kasse lehnte dies ab. Der Patient ging vor Gericht und ließ es drauf ankommen. Doch der lange Weg durch die Instanzen half ihm wenig. Letztlich machte auch das Bundessozialgericht (BSG) deutlich: Rechtmäßig hat weder der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) eine Versorgung mit Zahnreinigung als neue Behandlungsmethode empfohlen noch der Bewertungsausschuss hierfür Leistungspositionen für die gesetzliche Krankenkasse vorgesehen. Die Zahnreinigung betreffe im Kern nicht spezifisch medizinische, sondern allgemein sinnvolle Vorgehensweisen zur Verhütung von Zahnerkrankungen, die grundsätzlich auch ein Versicherter selbst leisten kann und daher der Eigenverantwortung des Versicherten zugeordnet sind, stellte das BSG fest.

AZ. B 1 KR 30/16 R

SAS

ADRESSENPAUSCHALE VOM KRANKENHAUS

Ein Patient kann vom behandelnden Krankenhaus – gegen Kostenerstattung – zwar ohne Weiteres die Herausgabe aller Behandlungsunterlagen verlangen. Namen und Anschriften der an seiner Behandlung beteiligten Ärzte muss das Krankenhaus aber nur dann mitteilen, wenn der Patient ein berechtigtes Interesse an diesen Daten nachweist. Das hat das Oberlandesgericht (OLG) Hamm entschieden. Im vorliegenden Fall war eine Patientin in einem Krankenhaus in Nordrhein-Westfalen operiert worden. Nachdem die Frau durch anderweitige Behandlungen den Eindruck eines Behandlungsfehlers bei der Beklagten gewonnen hatte, verlangte sie die Herausgabe aller Behandlungsunterlagen und die Mitteilung von Namen und Anschriften der an ihrer Behandlung beteiligten Ärzte der Beklagten. Damit blieb sie allerdings erfolglos. Nach der Entscheidung des 26. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Hamm steht der Klägerin ein derartiger Auskunftsanspruch nicht zu. Ein Patient könne von seiner Klinik aufgrund des Behandlungsvertrages nur dann Auskunft über Namen und Anschriften der behandelnden Ärzte verlangen, wenn er ein berechtigtes Interesse an diesen Daten nachweise. Die Klägerin könne sich aus den ihr zugänglich gemachten Behandlungsunterlagen bereits so informieren, dass sie auch gegen die sie – nach ihrer Auffassung fehlerhaft – behandelnden Ärzte der Beklagten Klage erheben könne.

Az. 26 U 117/16

SAS

Hier steht eine Anzeige.